Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1825

24. 05. 78

Sachgebiet 780

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

zum Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung des Agrarberichts 1978 der Bundesregierung — Drucksache 8/1562 —

A. Problem

Die CDU/CSU-Fraktion beantragt, die Bundesregierung zu folgenden Problemkreisen um geeignete Maßnahmen zu ersuchen:

1. Ablehnung der Agrarpreisvorschläge der EG-Kommission als unzureichend und Anhebung des deutschen Agrarpreisniveaus mindestens zum Ausgleich der Inflationsrate,
2. Ablehnung der Vorschläge der EG-Kommission zum automatischen Abbau des Währungsausgleichs und Hinwirken, daß es auch bei pragmatischem Vorgehen nicht zu einem ökonomisch ungerechtfertigten Abbau kommt,
3. Einführung einer zweiten Buttersorte in der EG und kontinuierliche Bereitstellung verbilligten Butterreinfetts für den Verbraucher,
4. Vereinfachung des Verbilligungsverfahrens bei Magermilchpulver und flüssiger Magermilch,
5. Verwendung der Milch-Mitverantwortungsabgabe der Landwirte in voller Höhe für die Absatzförderung bei Milch und Milchprodukten,
6. Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel für die Einführung einer Hinterbliebenenrente für Witwen landwirtschaftlicher Unternehmer im Haushaltsplan 1979 gemäß dem entsprechenden Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion (Drucksache 8/1250),
7. Einführung eines Agrarkredits im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Küstenschutzes" und Anpassung der Konditionen des Agrarkredits der Kreditanstalt für Wiederaufbau an die Bedürfnisse vor allem kleiner landwirtschaftlicher Betriebe,

8. Behebung der negativen Auswirkungen der bisher gescheiterten EG-Fischereipolitik für die betroffenen Wirtschaftskreise.

B. Lösung

Nummer 6 wird abgelehnt, Nummer 7 für erledigt erklärt; den Nummern 3 bis 5 wird uneingeschränkt, den übrigen modifiziert zugestimmt.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

dem Entschließungsantrag — Drucksache 8/1562 — in der aus der anliegenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung zuzustimmen.

Bonn, den 12. Mai 1978

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dr. Schmidt (Gellersen)	**Peters (Poppenbüll)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Zusammenstellung

des Entschließungsantrags der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung des Agrarberichts 1978 der Bundesregierung
– Drucksache 8/1562 –
mit den Beschlüssen des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung des Agrarberichts 1978 der Bundesregierung — Drucksachen 8/1500, 8/1501 —	**Beschlüsse des 10. Ausschusses**
Der Bundestag wolle beschließen:	Der Bundestag wolle beschließen:
Die Bundesregierung wird ersucht,	Die Bundesregierung wird ersucht,
— *die von der Kommission der EG vorgelegten Agrarpreisvorschläge als für die deutsche Landwirtschaft unzureichend abzulehnen und darauf hinzuwirken, daß das deutsche Agrarpreisniveau mindestens soweit angehoben wird, daß die Inflationsrate ausgeglichen wird;*	— **bei den bevorstehenden Verhandlungen im EG-Ministerrat für eine Agrarpreis- und Agrarmarktpolitik einzutreten, die es unter Berücksichtigung der Lage auf den Agrarmärkten, der Kostensituation und der stabilitätspolitischen Erfordernisse leistungsfähigen landwirtschaftlichen Betrieben ermöglicht, im Wettbewerb zu bestehen und das Einkommensziel zu erreichen;**
— *die von der Kommission der EG vorgelegten Pläne, den Währungsausgleich automatisch abzubauen, abzulehnen und darauf hinzuwirken, daß es auch bei pragmatischem Vorgehen nicht zu einem ökonomisch ungerechtfertigten Abbau des deutschen Währungsausgleichs kommt;*	— **dafür Sorge zu tragen, daß das System „Grenzausgleich" wegen der unterschiedlichen Währungssituation in den EG-Mitgliedstaaten auch weiterhin erhalten bleibt und Abbauschritte in allen Mitgliedstaaten nur pragmatisch im Rahmen der jährlichen Preisverhandlungen erfolgen;**
— darauf hinzuwirken, daß in der EG eine zweite Buttersorte eingeführt und den Verbrauchern kontinuierlich verbilligtes Butterreinfett zur Verfügung steht;	— unverändert
— darauf hinzuwirken, daß das Verfahren zur Verbilligung von Magermilchpulver und flüssiger Magermilch weiter vereinfacht wird;	— unverändert
— darauf hinzuwirken, daß die von den Landwirten zu zahlende Mitverantwortungsabgabe zur Bewältigung des Milchmarktes in voller Höhe für die Förderung des Absatzes von Milch und Milchprodukten verwendet wird;	— darauf hinzuwirken, daß die von den Landwirten zu zahlende Mitverantwortungsabgabe zur Bewältigung des Milchmarktes in voller Höhe für die **direkte** Förderung des Absatzes von Milch und Milchprodukten verwendet wird;
— *in den Entwurf des Haushaltsplanes 1979 (Einzelplan 10) die für die Einführung einer Hinterbliebenenrente für Witwen landwirtschaftlicher Unternehmer erforderlichen Finanzmittel entsprechend dem von der CDU/CSU-Bundestags-*	— **entfällt**

fraktion vorgelegten Gesetzentwurf (Drucksache 8/1250) einzustellen;

— *einen bereits zwischen dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Agrarministern der Bundesländer vereinbarten Agrarkredit im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" einzuführen und darauf hinzuwirken, daß der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährte Agrarkredit in seinen Konditionen den Bedürfnissen vor allem kleiner landwirtschaftlicher Betriebe angepaßt wird;*

— **entfällt**

— *auf dem Wege von Verhandlungen und durch Überbrückungshilfen alles ihr Mögliche zu tun, um die negativen Auswirkungen der bisher gescheiterten EG-Fischereipolitik für die betroffenen Wirtschaftskreise zu beheben.*

— **die Bemühungen um eine EG-Fischereiregelung und die Erschließung neuer Fangmöglichkeiten für die deutsche Fischerei fortzusetzen. Eine Lösung, die einzelne Mitgliedstaaten diskriminiert oder gar einen Verstoß gegen den EWG-Vertrag und den Beitrittsvertrag darstellt, kann nicht hingenommen werden. Bereits eingetretenen negativen Folgen soll entgegengewirkt werden.**

Bericht des Abgeordneten Peters (Poppenbüll)

Bei der Beratung des Agrarberichts 1978 der Bundesregierung in der 74. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. Februar 1978 hat die Fraktion der CDU/CSU den Entschließungsantrag eingebracht, der in der gleichen Sitzung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend und an den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen worden ist. Der federführende Ausschuß hat den Entschließungsantrag am 12. April, der Haushaltsausschuß am 10. Mai 1978 beraten. Beide Ausschüsse haben dem Antrag mit den aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Änderungen zugestimmt.

Im einzelnen geht es bei dem Entschließungsantrag um folgendes:

Im Rahmen der alljährlichen Bestandsaufnahme der Agrar- und Ernährungspolitik der Bundesregierung durch den Agrarbericht hat die CDU/CSU-Fraktion den vorliegenden Entschließungsantrag eingebracht. Darin wird die Bundesregierung ersucht,

1. die von der EG-Kommission vorgelegten Agrarpreisvorschläge als unzureichend abzulehnen und darauf hinzuwirken, daß für die deutsche Landwirtschaft die Inflationsrate zumindest ausgeglichen wird;
2. die Pläne der EG-Kommission zum automatischen Abbau des Währungsausgleichs abzulehnen und darauf hinzuwirken, daß es auch bei pragmatischem Vorgehen nicht zu einem ökonomisch ungerechtfertigten Abbau des deutschen Währungsausgleichs komme;
3. auf die Einführung einer zweiten Buttersorte und die kontinuierliche Bereitstellung verbilligten Butterreinfetts für den Verbraucher hinzuwirken;
4. auf eine weitere Vereinfachung des Verfahrens zur Verbilligung von Magermilchpulver und flüssiger Magermilch hinzuwirken;
5. darauf hinzuwirken, daß die von den Landwirten zu zahlende Mitverantwortungsabgabe zur Bewältigung des Milchmarktes in voller Höhe für die Förderung des Absatzes von Milch- und Milchprodukten Verwendung finde;
6. in den Entwurf des Bundeshaushalts 1979 die für die Einführung einer Hinterbliebenenrente für Witwen landwirtschaftlicher Unternehmer erforderlichen Finanzmittel entsprechend dem Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion (Drucksache 8/1250) einzustellen;
7. den bereits zwischen den Agrarministern des Bundes und der Länder vereinbarten Agrarkredit im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" einzuführen und darauf hinzuwirken, daß der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährte Agrarkredit in seinen Konditionen den Bedürfnissen vor allem kleiner landwirtschaftlicher Betriebe angepaßt werde;
8. auf dem Wege von Verhandlungen und Überbrückungshilfen alles ihr mögliche zu tun, um die negativen Auswirkungen der bisher gescheiterten Fischereipolitik für die betroffenen Wirtschaftskreise zu beheben.

Die Beratungen in den Ausschüssen haben hinsichtlich des Entschließungsantrags zu Mehrheitsentscheidungen geführt. Im einzelnen hatten die Beratungen folgende Ergebnisse:

Zum ersten Absatz setzte die Mehrheit eine flexiblere Fassung durch und verzichtete auf die Anbindung der erwarteten Anhebung des deutschen Agrarpreisniveaus an die Inflationsrate.

Hinsichtlich des zweiten Absatzes war die Mehrheit, bei einer Gegenstimme und Enthaltungen im übrigen, der Auffassung, daß das Ersuchen an die Bundesregierung nicht nur auf die jetzigen Pläne der EG-Kommission abgestellt werden dürfe, sondern allgemein Geltung haben müsse.

Der dritte, vierte und fünfte Absatz wurden einmütig verabschiedet, wobei im fünften Absatz der Begriff „Förderung" noch durch den Zusatz „direkte" konkretisiert wurde.

Der sechste Absatz wurde von der Mehrheit abgelehnt, weil für die Einstellung von Mitteln in den Bundeshaushalt bisher die gesetzliche Grundlage im Sozialversicherungsrecht fehle und diese erst nach eingehender Prüfung im Hinblick auf das Gesamtsystem der sozialen Sicherung geschaffen werden könne.

Der siebte Absatz wurde mehrheitlich für erledigt erklärt, weil inzwischen das Agrarkreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau angelaufen sei, mit dem erst Erfahrungen gesammelt werden sollten.

Der achte Absatz wurde einmütig in einer Fassung der Fraktionen der SPD und FDP mit dem Zusatz auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion verabschiedet, wonach den bereits eingetretenen negativen Folgen für die deutsche Fischerei entgegengewirkt werden solle.

Der mitberatende Haushaltsausschuß billigte einvernehmlich die Absätze 3 bis 5 und lehnte die übrigen Absätze mit Mehrheit ab.

Der federführende Ausschuß bittet den Bundestag daher, den Entschließungsantrag nach Maßgabe der Beschlußempfehlung anzunehmen.

Bonn, den 12. Mai 1978

Peters (Poppenbüll)
Berichterstatter

